

Menschen in Stadt und Land vor extremer Hitze schützen ***Fraktionsvorstandsbeschluss, 1. Juli 2025***

Die Klimakrise trifft uns längst im Alltag und gefährdet unsere Gesundheit. Immer häufiger heizen sich unsere Städte auf, heiße Tage und tropische Nächte nehmen zu. Zu viel Hitze ist lebensgefährlich: 2024 sind laut Robert Koch-Institut rund 3.000 Menschen in Deutschland an den Folgen von Hitze gestorben. Und die Prognosen lassen wenig Hoffnung: Auch der Sommer 2025 droht wieder extrem heiß und trocken zu werden.

Was das bedeutet, zeigt sich konkret und erschütternd: Ein Patient, der wegen einer chronischen Erkrankung im Krankenhaus liegt, leidet nicht nur unter seiner Krankheit – sondern auch unter überhitzten Krankenzimmern, weil es keine Klimaanlage gibt. In einer Umgebung, die eigentlich Heilung bringen soll, wird die Hitze zur zusätzlichen Gefahr.

Besonders gefährdet sind ältere Menschen, wie die 79-jährige Rentnerin mit Vorerkrankungen, genauso wie der 26-jährige Gerüstbauer, der unter freiem Himmel arbeitet. Babys und Kleinkinder überhitzen bis zu fünfmal schneller als Erwachsene, auch Schwangere und Vorerkrankte sind besonders betroffen. Diese Gruppen brauchen dringend besseren Schutz.

Und Hitze trifft nicht alle gleich. Wer wenig Geld hat, lebt häufig in schlecht gedämmten Wohnungen in dicht bebauten Vierteln ohne viel Grün – Orte, die sich besonders stark aufheizen. Einen Ausflug ins Grüne oder einen Besuch im Schwimmbad können sich viele kaum leisten. Genau deshalb darf sich die Bundesregierung nicht darauf verlassen, dass jeder selbst für Hitzeschutz sorgen kann. Es braucht entschlossenes Handeln von Bund, Ländern und Kommunen. Die Bundesregierung darf gerade die Menschen mit geringem Einkommen nicht allein lassen. Ein wirksamer,

flächendeckender Hitzeschutzplan muss genau dort ansetzen – bei denjenigen, die am stärksten gefährdet sind.

HITZESCHUTZ IST MENSCHENSCHUTZ - KLIMASCHUTZ IST HITZESCHUTZ

Die beste Vorsorge gegen gefährliche Hitze ist konsequenter Klimaschutz. Wer Menschen vor Hitzetod, Atemnot und Allergien schützen will, muss jetzt handeln. Das heißt: Ausbau der Erneuerbaren beschleunigen, das Deutschlandticket für 49 Euro sichern und ausbauen, massiv in Schiene statt Straße investieren, Rad- und E-Mobilität für alle fördern. Und: Wir müssen Wälder und Moore nicht nur erhalten, sondern stärken – als natürliche CO₂-Speicher und als Bollwerk gegen die Erderhitzung. Um den Wald umwelt- und generationengerecht zu nutzen, modernisieren wir das Waldgesetz.

Doch während immer mehr Menschen unter der Klimakrise leiden, will die Bundesregierung ausgerechnet mit Klimageldern den Gasverbrauch verbilligen und neue fossile Gaskraftwerke finanzieren – 20 Gigawatt, ohne verbindlichen Ausstiegspfad hin zu grünem Wasserstoff. Bei den geplanten Gasbohrungen vor Borkum werden zusätzliche massive Umweltschäden einfach in Kauf genommen.

Das ist ein Geschenk an die fossile Lobby und eine Bankrotterklärung beim Klimaschutz. Das ist nicht nur klimapolitisch fahrlässig, es ist gesundheitsgefährdend. Denn jedes Zehntelgrad weniger Erderwärmung zählt – für unsere Gesundheit, für unsere Städte, für unsere Lebensgrundlagen.

Statt mit voller Kraft auf Erneuerbare, Energieeffizienz und natürlichen Klimaschutz zu setzen, betreibt die Bundesregierung Rückschrittpolitik. Dabei

ist klar: Wer den Klimaschutz jetzt verschleppt, gefährdet nicht nur unsere Gesundheit – er setzt auch unsere Ernährungssicherheit aufs Spiel. Ernteausfälle, steigende Lebensmittelpreise, neue Krankheitsrisiken durch ausbreitende Tropenkrankheiten wie das Zika-Virus – all das sind Folgen eines halbherzigen Kurses. Diese Bundesregierung muss sich jetzt auf die Seite der Menschen stellen und nicht auf die Seite der fossilen Vergangenheit. Ohne Fachkräfte im Klimahandwerk keine Energiewende. Darum fordern wir mehr Investitionen in Aus- und Weiterbildung im Klimahandwerk.

HITZESCHUTZ DER KOMMUNEN – MIT PLAN UND GELD

Manche Kommunen haben bereits Hitzekarten, die zeigen, welche öffentlichen Gebäude auch im Sommer schön kühl sind. Museen, Kirchen, Bibliotheken bieten ihre Räume dafür oftmals schon an. Andere haben ein Hitzetelefon eingerichtet, das insbesondere alleinlebende ältere Menschen vor anstehenden Hitzeperioden warnt und über Hilfsangebote informiert, oder Hitzepatenschaften als Form der Nachbarschaftshilfe ins Leben gerufen. Wir brauchen flächendeckend Hitzekarten in jeder Stadt, die kühle öffentliche Orte sichtbar machen, ebenso wie Hitzetelefone, die warnen und helfen – gerade für ältere, alleinlebende Menschen.

Zugang zu Kühlung durch Schatten oder Wasser ist an heißen Tagen essenziell. Über frei zugängliche Trinkwasserspender an öffentlichen Plätzen muss es mehr niederschweligen Zugang zu Wasser geben. Deren Standorte sollten auch besser beworben werden. Springbrunnen, Flüsse, Teiche oder mobile Berieselungsanlagen kühlen das örtliche Klima ab und sorgen damit für Erfrischung. Auch Kneipp-Becken erfreuen sich wiederkehrender Beliebtheit. Und Hitzeschutzräume in Städten wie Berlin oder der Einsatz von Hitzebussen können Wohnungslose wortwörtlich durch

einen kühlen Raum über die Hitzetage retten. Mit preisgünstigerem Zugang für Kinder und Jugendliche zu Schwimmbädern können Kommunen nicht nur die Möglichkeit zur Abkühlung, sondern auch zur besseren sozialen Teilhabe bieten.

Für diese Maßnahmen braucht es Hitzeaktionspläne in allen Kommunen. Der Bund kann hierbei eine zentrale Stelle auf Bundesebene schaffen, die beim Erstellen von Hitzeaktionsplänen unterstützt. Diese könnte etwa beim „Zentrum KlimaAnpassung“ angesiedelt sein. Und für all diese Maßnahmen braucht es Finanzierung. Hier sind Bund und Länder gemeinsam in der Pflicht, die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen zu verbessern und sicherzustellen – damit diese die Mittel haben, um ihre Bevölkerung vor Ort zu schützen. Die Bundesregierung muss sicherstellen, dass auch die Investitionsmittel aus dem Sondervermögen dafür bei den Kommunen ankommen.

HITZESCHUTZ JETZT: HILFE FÜR KRANKE UND ÄLTERE MENSCHEN

Jahr für Jahr wird es schlimmer – die Hitzewellen nehmen zu, und immer mehr leiden darunter. Die Zahl der hitzebedingten Erkrankungen und Todesfälle nimmt seit Jahren zu. Besonders schwer ist es für Ältere, Pflegebedürftige, chronisch Kranke – und für alle, die sich um sie kümmern. Pflegende Angehörige, Pflegekräfte, Ärztinnen und Ärzte sind oft am Limit.

Krankenhäuser und Pflegeheime kämpfen mit der Hitze genauso wie Pflege- oder Rettungsdienste, aber es fehlen häufig die nötige Ausstattung und klare Pläne. Viele Pflegeeinrichtungen sind auf die heißen Sommer überhaupt noch nicht vorbereitet. Es fehlt an Klimaanlage, Belüftungssystemen und kühlen Rückzugsräumen. Dabei ist klar: Ohne gezielte Investitionen wird sich das nicht ändern. Zur Abwendung ernsthafter Gefahren fordern wir deshalb, dass der

Bund gemeinsam mit den Ländern das Förderprogramm „Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen“ ausweitet und 200 Euro pro pflegebedürftige Person für den Einbau von Klima- und Hitzeschutzmaßnahmen bereitstellt. Hitze darf keine Gesundheitsgefahr sein – wir brauchen jetzt wirksamen Schutz für die Verletzlichsten.

Der Schutz vor extremer Hitze darf kein Randthema mehr sein. Wir fordern, den von uns in der letzten Bundesregierung auf den Weg gebrachten nationalen Hitzeschutzplan fortzuführen, zu evaluieren und weiterzuentwickeln, insbesondere mit Blick auf klare Zuständigkeiten und eine auskömmliche Finanzierung. Hitzeschutz muss in der Aus- und Weiterbildung von Gesundheitsberufen stärker verankert und die gesundheitliche Aufklärung der Öffentlichkeit erhöht werden.

HITZESCHUTZ AM ARBEITSPLATZ GESETZLICH VERANKERN

Arbeitgeberinnen und -geber sind in einer besonderen Verantwortung, auch bei sommerlicher Hitze für gesunde Arbeitsbedingungen zu sorgen. Vor allem Menschen in körperlich anstrengenden Berufen sind von der Hitze betroffen, noch mehr diejenigen, die im Freien arbeiten.

Wir wollen, dass Arbeitgeberinnen und -geber ab 26 Grad am Arbeitsplatz Maßnahmen ergreifen müssen, die dem Gesundheitsschutz der Beschäftigten dienen. Dies könnten beispielsweise angepasste Arbeitszeiten sein, längere und bezahlte Pausen, Verschattung und Sonnenschutz, Ventilatoren oder die kostenlose Bereitstellung von Getränken. Der Maßnahmenmix muss natürlich zur Tätigkeit und zum Arbeitsort passen.

Kommen Arbeitgebende dieser Verpflichtung zum Hitzeschutz nicht in angemessener Weise nach, müssen die Arbeitnehmenden ein Recht auf Hitzefrei haben. Das gebietet der Gesundheitsschutz, dieses individuelle Recht wollen wir gesetzlich verankern. In

Betriebsvereinbarungen zwischen Beschäftigten und Arbeitgeberinnen und -gebern sollten passgenaue Lösungen zu Hitzeschutz und Hitzefrei getroffen werden.

MEHR SCHATTEN, WASSER UND KÜHLE RÄUME FÜR ALLE

Im Sommer wird es in städtischen Wohnvierteln oft unerträglich heiß. Asphalt und Beton heizen sich stärker auf, die Hitze verbleibt oftmals länger. Spiel- und Sportplätze müssen ebenso

Schatten und Grünflächen bieten wie Schulhöfe, sonst werden sie im Sommer zur Hitzefalle. In unseren Städten sind laut Deutscher Umwelthilfe mehr als 12 Millionen Menschen extremer Hitzebelastung ausgesetzt.

Öffentliche Gebäude – wie Schulen, Kitas oder Rathäuser – sind besser geschützt, wenn sie gut gedämmt oder modernisiert wurden. Auch einfache Dinge wie Markisen, Außenrollos oder begrünte Wände helfen, die Hitze draußen zu halten – ohne viel Energie zu verbrauchen. Das ist besser für uns und fürs Klima als Klimaanlage, die viel Strom brauchen.

Unsere Städte müssen kühler werden: mit mehr Grünflächen und verbindlichen Bauvorgaben für Hitzeminderung. Neben mehr Bäumen, Parks und entsiegelten Flächen müssen, überall dort, wo der Platz am Boden fehlt, auch Dächer und Fassaden begrünt werden. Wir müssen unsere Städte gegen Hitze wappnen, damit sie sich im Sommer nicht so stark aufheizen. Städte wollen wir dafür fit machen. Sie sollen Wasser künftig aufnehmen wie ein Schwamm. Dadurch bleibt die Bodenfeuchte erhalten und die Umgebungstemperatur wird abgekühlt.

Wir wollen 250 zusätzliche Projekte für die Klimaanpassung urbaner und ländlicher Räume ermöglichen, die auch einen konkreten Beitrag zur Abmilderung der Auswirkung von Extremwetterereignissen, wie Hitzewellen oder Starkregen leisten

und hierfür 650 Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt bereitstellen.

Die Klimakrise verändert unsere Städte und unser Planungsrecht muss darauf reagieren. Indem wir Hitzestress und Überflutungsgefahr als städtebaulichen Missstand definieren, schaffen wir die Grundlage dafür, dass Kommunen Fördermittel gezielt für Anpassung und Schutz einsetzen können.